

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.03	Staatsanwaltschaft
Produktgruppe:	11.03.02	Staatsanwaltschaft Bremen

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 4.962 T€ um 137 T€ auf 4.825 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 7.257 T€ um 14 T€ auf 7.271 T€ und der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben von 1.116 T€ um 23 T€ auf 1.139 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0111	Staatsanwaltschaft Bremen
Titel:	0111/112 02-9	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 4.936.200 € um 136.990 € auf 4.799.210 € reduziert.

Titel:	0111/422 01-0	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 4.047.570 € um 13.830 € auf 4.061.400 € erhöht.

Titel:	0111/532 21-4	Entschädigung für Sachverständige
--------	---------------	-----------------------------------

Der Anschlag wird von 192.560 € um 22.900 € auf 215.460 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU